

wie mit Jiang Zemin in Beijing stand Shanghai auf dem Reiseprogramm. Dort war die Probefahrt auf der ersten kommerziellen Strecke der deutschen Magnetschwebbahn Transrapid zusammen mit Ministerpräsident Zhu Rongji vorgesehen.

Die Shanghaier Strecke ist rd. 30 km lang und führt vom Flughafen Pudong zum Finanzdistrikt Lujiazui. Bei einer Geschwindigkeit von 430 km/h dauert die Fahrt rd. 7 Minuten. Die Betontrasse machte den Bau von Stützen erforderlich, die alle 25 Meter aufgestellt wurden. Während die deutsche Seite die Antriebstechnologie sowie Züge und Wagen lieferte, war die chinesische Seite für die Projektplanung und den Bau der Trasse verantwortlich. Die Strecke wurde in einem Rekordtempo von nur zwei Jahren gebaut.

Die Teilnahme von Bundeskanzler Schröder an der ersten offiziellen Testfahrt des Transrapid in Shanghai hatte vor allem symbolischen Charakter. Die Magnetschwebbahn steht als Sinnbild für die deutsch-chinesischen Beziehungen und auch für den Transfer von Technologie von Deutschland nach China. Die Schröder-Reise sollte gleichzeitig die politische Bedeutung der Vergabe eines Anschlussauftrages für eine längere Strecke hervorheben. So war vor der Einweihung der Teststrecke angekündigt worden, dass über eine mögliche zweite Strecke nach der Testfahrt entschieden wird. Hierbei steht die Langstrecke von Shanghai nach Beijing zur Entscheidung oder zunächst kürzere Strecken wie die zur Stadt Hangzhou oder nach Nanjing.

Bei einem Erfolg der Referenzstrecke wird die kommerzielle Nutzung des Transrapid stärker vorangetrieben werden, nicht nur in China. Bei Anschlussaufträgen wird allerdings damit gerechnet, dass die chinesische Seite sich nicht nur auf Projektplanung und Trassenbau beschränken wird. So wird erwartet, dass zwei Drittel der Produktion im Inland stattfinden. Dies würde bedeuten, dass ein Teil der Fahrzeug- und Antriebsfertigung nach China verlagert werden müsste. Weiterhin besteht ein starker Preisdruck von chinesischer Seite, die auf die günstigere Technologie des ja-

panischen Hochgeschwindigkeitszugs Shinkansen hinweisen.

Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen haben sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. Entgegen dem Trend des deutschen Außenhandels in der asiatischen Region, blieb die hohe Wachstumsdynamik im Handel mit China bestehen. Im ersten Halbjahr stiegen die deutschen Exporte um 18%. Das bilaterale Handelsvolumen im 1. Halbjahr lag mit 16,2 Mrd. Euro höher als das Handelsvolumen mit Japan von 15,3 Mrd. Euro. (FAZ, 18.11., 27.12.02; FTD, 30.12.02; SCMP, 30.12.02; HB 30./31.12.02) -schü-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 29 Arbeitskonferenz zur Wirtschaftsentwicklung

Mitte Dezember (9. und 10. Dezember) fand eine zweitägige Arbeitskonferenz zwischen dem ZK der KP-Ch und dem Staatsrat zur Wirtschaftsentwicklung statt. Der neue Parteisekretär Hu Jintao sowie der (noch amtierende) Ministerpräsident Zhu Rongji leiteten die Konferenz, gaben eine Zusammenfassung der Wirtschaftsentwicklung des Jahres 2002 und stellten die wichtigsten wirtschaftlichen Aufgaben sowie die Rahmenplanung für das Jahr 2003 vor.

Auf der Konferenz wurden die allgemeinen Richtlinien der Entwicklung festgelegt. Hierzu zählt die Ausweitung der inländischen Nachfrage und die Fortsetzung der aktiven Fiskalpolitik sowie einer stabilen Geldpolitik. Weiterhin soll ein nachhaltiges, schnelles und gesundes Wachstum durch Vertiefung der Wirtschaftsreform, weitere außenwirtschaftliche Öffnungsmaßnahmen, Beschleunigung der industriellen Restrukturierung sowie die Entwicklung von Landwirtschaft und der gesamten ländlichen Wirtschaft gefördert werden.

Um das Wirtschaftswachstum zu unterstützen, sind zusätzliche Staatsausgaben und ihre Finanzierung über Anleihen vorgesehen. Das hierüber auf-

genommene Kapital soll für den Bau wichtiger Infrastrukturprojekte eingesetzt werden, für die ländlichen Gebiete, für die Verbesserung der ländlichen Produktionsbedingungen, der Lebensbedingungen und der Einkommen der Bauern. Auch eine stärkere Förderung von Umweltprojekten ist vorgesehen.

Weiterhin soll der technologische Fortschritt durch staatliche Mittel gefördert werden, insbesondere die technologische Erneuerung von Unternehmen und die Rahmenbedingungen der Entwicklung in Zentral- und Westchina. Auch nichtstaatliche Investitionen in wichtigen Sektoren und Bauprogrammen sollen ermutigt werden.

Die Konferenz betonte auch die Bedeutung der Verbesserung des Lebensstandards und die Aufrechterhaltung der sozialen Stabilität. Als Voraussetzung hierfür wurde die Ausweitung der Beschäftigung und der Ausbau des sozialen Sicherungssystems gesehen. Mehr Mittel sollen außerdem in Armutsbekämpfungsprogramme fließen.

Hinsichtlich der Anpassung von Wirtschaftsstrukturen wurde auf der Konferenz die grundlegende Bedeutung der Landwirtschaft hervorgehoben. Über eine schnellere Entwicklung von Kleinstädten sollen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für überschüssige Arbeitskräfte geschaffen werden.

Im Industriesektor sei sowohl die Entwicklung von Hightech-Industrien als auch von arbeitsintensiven Industrien notwendig. Weiterhin müsse der tertiäre Sektor ausgeweitet, traditionelle Industrien verbessert und die Transformation der alten Industriebasen beschleunigt werden.

Auf der Konferenz wurde auch gefordert, das Mischsystem aus staatlichem und nichtstaatlichem Eigentum beizubehalten. In diesem System soll das öffentliche Eigentum die dominante Rolle spielen, andererseits jedoch auch die Entwicklung der nichtstaatlichen Wirtschaft ermutigt werden. (XNA, 11.12.02; BBC EF, 15.12.02; BBC EF, 13.12.02)

Auch auf der Arbeitskonferenz zur Wirtschaftsentwicklung stand die Frage im Mittelpunkt, wie sowohl ein hohes Wachstum aufrechterhalten als auch die Beschäftigung ausgeweitet werden kann. Die bisherige Politik des

„deficit spending“ des Staates wurde bestätigt und soll ebenso wie die derzeitige Geldpolitik fortgesetzt werden.

Statistiken der Zentralbank zufolge stieg die Geldmenge M2 um 16,6% bis Ende November gegenüber der Vorjahresperiode 2002; M1 erhöhte sich sogar um 18,5%. Die Geldmenge lag wesentlich über dem bisherigen BIP-Wachstum in diesem Jahr. (XNA, 11.12.02)

Für das Jahr 2003 formulierte Minister Zeng Peiyan von der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission folgende neun Ziele:

- Erhöhung der bäuerlichen Einkommen;
- Optimierung der Investitionen, die durch Staatsanleihen finanziert werden;
- Schaffung neuer Beschäftigung;
- Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit;
- Entwicklung Westchinas;
- Restrukturierung des Investitionssystems, des Getreide- und Baumwollhandels sowie des Managements von Monopolindustrien;
- Ausweitung der internationalen wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit;
- Ermutigung des Konsums und
- Verbesserung der sozialen Wohlfahrt.

Zeng zufolge wird der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik im kommenden Jahr auf der Restrukturierung liegen. Weiterhin werde die Regierung die Entwicklung der nichtstaatlichen Wirtschaftssektoren ermutigen und gleichzeitig die staatseigene Wirtschaft stärken. (XNA, 14.12.02) -schü-

### 30 Gute Wachstumsvoraussetzungen für das kommende Jahr?

Für das Jahr 2002 rechnet das Staatliche Statistikamt mit einem BIP-Wachstum in Höhe von rd. 8%. Damit

würde das Entwicklungstempo in diesem Jahr deutlich höher als im Vorjahr in Höhe von 7,3% ausfallen. (XNA, 31.12.02)

Die konjunkturelle Entwicklung war Ende des Jahres durch ein schnelles Wachstum der industriellen Wertschöpfung geprägt. Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes belief sich die Wachstumsrate auf 14,5% im November im Vergleich zum Vorjahresmonat. Während das Wachstum im Verlauf des Jahres überwiegend bei 11% gelegen hatte, stieg es im September auf 13,8% und 14,2% im Oktober. In den ersten elf Monaten d.J. betrug die gesamte Wachstumsrate 12,4%. Der Anstieg der industriellen Wertschöpfung war sowohl in den Unternehmen mit Auslandskapital als auch in den staatseigenen Unternehmen und Aktiengesellschaften mit gemischter Eigentumsstruktur mit Wachstumsraten von 14,5%, 14,2% und 17,9% sehr hoch. Das schnelle Wachstum wird auf die Expansion der Automobil-, Elektronik und Telekommunikationsausrüstungsindustrie zurückgeführt. (XNA, 11.12.02)

Die deflationäre Entwicklung konnte allerdings noch nicht gestoppt werden. So sank der Verbraucherpreisindex in den ersten zehn Monaten d.J. um 0,8% gegenüber der Vorjahresperiode. Seit November 2001 verzeichneten die Preise entweder keinen Anstieg oder einen negativen. Im November d.J. sanken die Preise der meisten Güter, so z.B. von Nahrungsmitteln (um 0,1%), von Konsumgütern (um 1,3%) und von medizinischen Gütern (um 1,3%). Nur die Preise von Dienstleistungen erhöhten sich, und zwar insgesamt um 1,3%; die Mieten verteuerten sich um 3,8%. (AWSJ, 12.12.02)

Das Überangebot bei vielen Konsumgütern sowie Produktivitätsgewinne im Industriesektor haben die Deflation begünstigt. Nach Einschätzung ausländischer Analysten sei jedoch entscheidend, dass die Nachfrage der Konsumenten hoch geblieben ist und die Unternehmen weiter produzierten. (AWSJ, 10.12.02)

Das Staatliche Statistikamt berichtet für November von einem Anstieg des Einzelhandelsumsatzes um 9,1% gegenüber dem Vorjahresmonat; im Oktober hatte das Wachstum noch bei

9,4% gelegen. Für den gesamten Zeitraum der letzten elf Monate betrug die reale Zunahme des Einzelhandelsumsatzes 10,3%. Auch die Anlageinvestitionen verzeichneten mit einer Zunahme von 23% bis November ein schnelles Wachstumstempo. (AWSJ, 16.12.02) Allerdings besteht die Gefahr, dass durch die Ausweitung der Investitionen die strukturellen Probleme wie Überangebot und Deflation weiter zunehmen. (FT, 31.12.02) Als sehr positive Entwicklung in diesem Jahr gilt die Ausweitung der Exporte, die in den ersten elf Monaten eine Zuwachsrate von rd. 21% verzeichnet haben.

Über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung und die Herausforderungen, die auf China zukommen, gibt es unterschiedliche Positionen. Der bekannte Ökonom Hu Angang nannte beispielsweise zwei Herausforderungen, mit denen Chinas Wirtschaft derzeit konfrontiert sei. Einerseits müsse ein enormer struktureller Anpassungsprozess bewältigt werden und andererseits stelle die Arbeitslosigkeit in den Städten und ländlichen Gebieten ein wachsendes Problem dar. Hu plädiert dafür, die wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die Bereitstellung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten zu konzentrieren. Um die inländische Nachfrage auszuweiten, schlägt Hu vor, die Beschäftigungsmöglichkeiten in nichtlandwirtschaftlichen Bereichen für die ländliche Bevölkerung zu erhöhen. Bauern sollten ermutigt werden, in den Städten eine Beschäftigung zu suchen, während die Diskriminierung der ländlichen Arbeiter in den Städten unterbleiben sollte. Weiterhin sollten sie bessere Angebote zur beruflichen Qualifikation erhalten. Als weitere Maßnahmen nannte Hu die schnellere landwirtschaftliche Umstrukturierung, Übernahme marktorientierter Prinzipien bei der Agrarentwicklung, Ausweitung der Produktion mit höherer Wertschöpfung sowie Unterstützung der Bauern bei der Vermarktung ihrer Produkte im Ausland. (BBC EF, 13.12.02) -schü-

### 31 Schwierige Beschäftigungslage

Einem Rundschreiben des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit zufolge soll der Begriff *xiangang* für Arbeitskräfte, die zwar keine Arbeit mehr haben, aber in staatlichen Unternehmen noch als Beschäftigte registriert sind und über das Unternehmen einen Grundlohn erhalten, bis zum Jahre 2005 abgeschafft werden. Danach sollen alle ohne Beschäftigung als arbeitslos definiert werden. Bis zum Jahre 2005 soll das Problem der *xiangang*-Arbeitslosen gelöst sein. Die offizielle städtische Arbeitslosenquote liegt bei 3,9%, einschließlich der *xiangang*-Arbeitskräfte wären dies nach Angaben des Arbeitsministers Zhang Zuoji 7%.

Insgesamt sollen 13 Mio. Arbeitskräfte, die von den Staatsunternehmen entlassen worden sind, für einen Dreijahreszeitraum Anspruch auf soziale Leistungen haben, einschließlich Steuervergünstigungen, Kleinkredite oder Subventionen für die Selbstständigkeit. Derzeit sind rd. 6 Mio. Arbeitskräfte als *xiangang* registriert. (BBC EF, 18.12.02)

In einem Bericht des Arbeitsministers zur Beschäftigungslage betonte Zhang das enorme Ungleichgewicht zwischen Arbeitsnachfrage und -angebot sowie das gleichzeitig unzureichende Qualifikationsniveau vieler Arbeitskräfte. Weiterhin bestehe ein starker Druck zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Städten und ein wachsender Strom von überschüssigen ländlichen Arbeitskräften, die in nichtlandwirtschaftliche Beschäftigungszweige strömen. Die Beschäftigungslage wird weiterhin kompliziert durch die gleichzeitige Zunahme neu auf den Markt strömender Arbeitskräfte sowie den bereits Arbeitslosen, die ebenfalls eine Beschäftigung suchen. Die Zahl der registrierten städtischen Arbeitslosen stieg von 5,71 Mio. Ende 1998 auf 7,33 Mio. Ende Juni 2002. Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hatten 580.000 Personen Ende 1998, heute dagegen schon 3,9 Mio.

Innerhalb des 10. Fünfjahresplanes müssen in den Städten zwischen 22-23 Mio. Arbeitsplätze bereitgestellt werden. Bei einer Wachstumsrate von

rd. 7% können ca. 7-8 Mio. neue Stellen geschaffen werden, sodass 14 Mio. Arbeitskräfte nicht beschäftigt werden können. Als weiteres Problem wies Zhang auf die Zahl von rd. 150 Mio. überschüssigen ländlichen Arbeitskräften hin.

Auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des NVK nannte Zhang acht Maßnahmen, um das Beschäftigungsproblem zu lösen:

- Förderung des Wachstums, um neue Arbeitsplätze zu schaffen;
- Öffnung neuer Kanäle der Beschäftigung;
- Bessere Politikimplementierung, um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen;
- Verbesserung der Dienstleistungen und Ausbildung für die Wiedereinstellung von Arbeitslosen;
- Bessere Finanzierungsmöglichkeiten für die Wiederbeschäftigung;
- Stärkung der makroökonomischen Regulierung und Kontrolle über die Beschäftigung;
- Aufbau eines Ziel-Verantwortungssystems in der Regierung;
- Gute Arbeit bei der sozialen Sicherung.

Zhang forderte außerdem die Regierungen aller Ebenen auf, ihre Ausgabenstruktur anzupassen, um die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen zu unterstützen.

Auf der o.g. Sitzung wurde auch darüber diskutiert, dass eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen für Arbeitslose von den Lokalregierungen nicht implementiert worden sind. So hatte beispielsweise eine Untersuchung des Frauenverbandes in den Städten Chongqing, Wuhan, Harbin, Shenyang, Xi'an, Hohhot, Taiyuan und Nanjing festgestellt, dass rd. die Hälfte der arbeitslosen Frauen ihre Ansprüche nicht kannten. Nur rd. 45% hatten nach ihrer Entlassung eine Weiterbildung erhalten. (FBIS, 26.11.02)

Ein Rundschreiben des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit hat

Mitte Dezember nochmals alle Lokalregierungen aufgefordert, die soziale Absicherung für Arbeitslose und Rentner zu garantieren. Die Lokalregierungen sollen Sonderabteilungen bilden, um die bestehenden Probleme besser zu erfassen und beheben zu können. (BBC EF, 16.12.02) -schü-

### 32 Neue Führung für Zentralbank und CSRC

Ende Dezember d.J. wurde der Zentralbankpräsident Dai Xiaolong von seinen Aufgaben entbunden und der Posten Zhou Xiaochuan übertragen. Dai wird eine führende Position in der Stadt Tianjin übernehmen.

Zhou hatte bisher die Leitung der China Security Regulatory Commission (CSRC) inne und gilt als durchsetzungsfähiger Technokrat. Nach Einschätzung ausländischer Analysten zählt die Neubesetzung zum anstehenden Personalkarussell mit dem ein neues wirtschaftspolitisches Führungsteam in den nächsten Monaten gebildet wird.

Zhou Xiaochuan ist 54 Jahre alt und weist einen akademischen Abschluss als Doktor der Ingenieurwissenschaften auf. Er ist bekannt dafür, dass er unpopuläre Veränderungen einführt. So ist er in seiner kurzen Zeit als Leiter der CSRC gegen die (extreme) Spekulation am Aktienmarkt vorgegangen, hat mehr Professionalität eingeführt und den Markt für institutionelle Anleger aus dem Ausland geöffnet. Zu seinen sonstigen Erfahrungen zählt seine Position als Topmanager der State Administration of Foreign Exchange, als stellvertretender Zentralbankpräsident und als Präsident der China Construction Bank. Zhou soll außerdem eine starke Unterstützung von Jiang Zemin erhalten.

Auf Zhou kommen große Herausforderungen zu, insbesondere die weitere Restrukturierung des Bankensystems. Der Abbau uneinbringlicher Kredite der Staatsbanken wird zu seinen wichtigsten Aufgaben zählen, wobei er die Restrukturierung des Finanzsektors ohne größere Instabilitäten und damit ohne negative Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft erreichen muss. Auch die Liberalisierung der Zinssät-

ze sowie der Wechselkurse könnte zu seinen Aufgaben gehören, aber auch der Abbau der Beschäftigung in den Staatsbanken.

Dass der Stabilität des Finanzsektors eine bedeutende Rolle von der Regierung eingeräumt wird, spiegelt sich auch in der Gründung der „Financial Security Leading Group“ wider, die von Wen Jiabao geleitet wird. Ziel der Führungsgruppe ist es, Finanzrisiken zu vermeiden und abzufedern und die Sicherheit des Finanzsektors aufrechtzuerhalten. Dai Xiaolong und Zhou Xiaochuan sind Mitglieder in dieser Führungsgruppe.

An die Stelle Zhou Xiaochuans tritt in der CSRC Shang Fulin, der seit Anfang 2002 Präsident der Agricultural Bank of China ist. Shang ist Kandidat des XVI. ZK der KPCh und 51 Jahre alt. Er ist ebenso wie Zhou stellvertretender Zentralbankpräsident, und zwar u.a. zuständig für die Wechselkurspolitik. (FBIS, 29.11.02; AWSJ, 30.12.02; BBC EF, 30.12.02) -schü-

hat Martin Lee sich nun aus der Parteiführung zurückgezogen. Jedoch hat er zugesagt, als Parteimitglied und vor allem als Abgeordneter in der Legislativversammlung aktiv zu bleiben, wo die *Democratic Party* nach wie vor die meisten durch Direktwahlen bestimmten Sitze innehat. Seine zukünftige Aufgabe sieht er insbesondere darin, im Ausland für die Ziele des demokratischen Lagers in Hongkong zu werben.

Der Zeitpunkt des Führungswechsels ist schwierig, da die Partei sich nicht nur im Rahmen des von der Exekutive dominierten politischen Systems und in den Augen der Wähler zunehmend marginalisiert sieht, sondern auch von innerparteilichen Faktionskämpfen gespalten wird. Die parteiinternen Spannungen kamen auch anlässlich des Rücktritts Martin Lees zum Ausdruck, als sein langjähriger Weggefährte, Albert Chan, aufgrund von Differenzen mit der neuen Parteispitze seinen Austritt aus der Partei erklärte. Chan legte damit zugleich sein Abgeordnetenmandat nieder, so dass die Sitzzahl der *Democratic Party* in der Legislativversammlung von zuletzt zwölf auf elf sank und damit nur noch knapp über der Sitzzahl der Beijing-nahen *Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong* liegt, die bei den letzten Direktwahlen im Jahr 2000 zehn Mandate auf sich vereinigen konnte.

Der Nachfolger Martin Lees, der Universitäts-Dozent Dr. Yeung Sum, kündigte anlässlich seines Amtsantritts an, sich in den kommenden Jahren sowohl für die Förderung der Demokratie in der SVR als auch stärker als bisher für die Alltagsbelange der einfachen Bevölkerung einsetzen zu wollen, die unter den wirtschaftlichen Problemen Hongkongs zu leiden hat. Ferner läge ihm eine bessere Kommunikation mit der Regierung der SVR, vor allem aber mit der Zentralregierung in Beijing am Herzen. Während der Minister für Verfassungsfragen, Stephen Lam, als Vertreter der Hongkonger Regierung auf dieses Kommunikationsangebot konstruktiv mit den Worten reagierte, man wolle „sich um Einigkeit bemühen, während man zugleich die Differenzen akzeptiere“, kam von Seiten Beijings bislang keine Reaktion.

Yeung Sum gehört zu dem knappen Dutzend Mitglieder der *Democratic Party*, denen Beijing die Einreise in die VR China verwehrt. Es ist zu bezweifeln, ob es hier in absehbarer Zeit zu einer politischen Annäherung kommen wird. (Radio Television Hong Kong Radio 3, 1., 2., 8.12.02, nach BBC PF, 2., 3., 9.12.02; SCMP, 2., 3.12.02; AWSJ, 2.12.02; NZZ, 2.12.02; FT, 27.12.02) -hol-

### 34 Alternde Bevölkerung

Die Hongkonger Bevölkerung ist nach dem neuesten Bericht der Zensus- und Statistikabteilung in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gealtert. Der Bericht „Demographische Trends in Hongkong 1981-2001“ wurde am 23. Dezember der Öffentlichkeit vorgestellt. Er beschreibt die Bevölkerungsentwicklung, die Alters- und Geschlechterstruktur, Fragen der Fertilität, Sterblichkeit und das Heiratsverhalten sowie die Interaktionen zwischen diesen Faktoren. Einige Schlüsselzahlen wurden im Internet veröffentlicht ([www.info.gov.hk/gia/general/200212/23/atablee.htm](http://www.info.gov.hk/gia/general/200212/23/atablee.htm) – s. Tab.; vgl. XNA, 24.12.02). Danach wuchs die Hongkonger Bevölkerung seit 1981 um durchschnittlich 1,3% von 5,18 Mio. Menschen auf 6,72 Mio. Das Durchschnittsalter stieg im gleichen Zeitraum von 26 auf 37 Jahre. Verantwortlich dafür waren abnehmende Geburten einerseits und steigende Lebenserwartung andererseits. Erste waren auch bedingt durch immer spätere Heiraten: Das mittlere Heiratsalter stieg bei den jungen Frauen im beschriebenen Zeitraum von 24 auf 27 und bei den Männern von 27 auf 30 Jahre, wobei die Zahl der Ehen insgesamt um 35% stark abnahm.

Die beschriebene Entwicklung entspricht durchaus dem internationalen Trend. Die Zensus- und Statistikabteilung schätzt, dass im Jahre 2029 20% der Bevölkerung 65 Jahre und älter sein werden. Dies stellt erhebliche Anforderungen an die Hongkonger Sozialpolitik, die den Prinzipien Fürsorge, Einbeziehung und Unterstützung folgen soll. Die Elderly Commission, ein Beratungsorgan der Regierung, hat schon 2001 eine Kampagne für das ge-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 33 Führungswechsel in der Demokratischen Partei

Nach achtjähriger Amtszeit als Vorsitzender der Demokratischen Partei ist der 64-jährige Martin Lee Anfang Dezember zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde der 55-jährige Dr. Yeung Sum gewählt.

Martin Lee gilt als einer der „Urväter“ des demokratischen Parteienlagers. Unter dem Eindruck der Niederschlagung der studentischen Protestbewegung in Beijing im Juni 1989 gründete er in Hongkong die *United Democrats*. Als deren Führer profilierte er sich in den Folgejahren als scharfer Kritiker der britischen ebenso wie der chinesischen Regierung – eine Rolle, die ihm auch den Beinamen „Martyr Lee“ eintrug. Im Jahr 1994 gründete er die heutige *Democratic Party*, deren Vorsitz er über zwei vierjährige Wahlperioden hinweg innehatte. Gemäß den Statuten, die eine Amtszeit von maximal zwei Perioden vorsehen,